



Die SPD-Fraktion
im Abgeordnetenhaus
von Berlin

Antwort der SPD-Fraktion, Michael Müller, 06.09.2011 zu den Wahlprüfsteinen der Berliner Aids-Hilfe e.V.

Berliner Aids-Hilfe e.V.

1. Prävention von HIV und STIs / Förderung der sexuellen Gesundheit bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Seit über 14 Jahren klärt die BAH SchülerInnen zu HIV/Aids auf. Um dieses Angebot dauerhaft für Berliner Jugendliche sicherzustellen bedarf es einer Regelfinanzierung.

Wird Ihre Partei ein solches Vorhaben unterstützen?

Die primärpräventive Arbeit der Berliner Aids-Hilfe basiert auf einem Peer-Education Ansatz. Darin klären Jugendliche und junge Erwachsene SchülerInnen und z.B. inhaftierte Jugendliche / junge Erwachsene zu Fragen bezüglich HIV/Aids und anderen STI auf. Untersuchungen zeigen, dass Informationen zu Sexualität durch Peers Jugendliche zu 75% erreichen, hingegen erreichen Informationen von Erwachsenen Jugendliche lediglich zu 25% -15%.

Wie wird Ihre Partei Peer-Education Projekte im Bereich Prävention / Förderung sexueller Gesundheit unterstützen?

Ein konsequenter Peer-Education Ansatz braucht z.B. eine Beteiligung von schulpflichtigen Jugendlichen. Jugendliche müssten entsprechend als ehrenamtliche Peer-Educater vom Unterricht für diese ehrenamtliche Aufgabe freigestellt werden. So könnte es z.B. in Berliner Schulen neben „ErsthelferInnen“, „KonfliktlotsInnen“ auch ausgebildete „AufklärungsberaterInnen“ geben.

Werden Sie eine solche sexualpädagogische ehrenamtliche Arbeit fördern?

Für wie sinnvoll erachtet es Ihre Partei, die Themen sexuelle Gesundheit und Familienplanung als Teil der Sexualpädagogik verbindlich in die Studienordnungen der Berliner Lehramtsstudierenden zu integrieren?

Für wie sinnvoll erachtet es Ihre Partei, fächerübergreifende Fortbildungen im Bereich sexuelle Gesundheit und Familienplanung für Lehrkräfte anzubieten und welche Maßnahmen werden ergriffen, Lehrkräfte interdisziplinär zu diesen Themen zu schulen?

Antwort der SPD zum Themenkomplex 1 „Prävention“:

Die SPD steht für eine moderne und präventive Gesundheitspolitik, die die Lebensverhältnisse der Menschen verbessert. Besonders sozial Benachteiligte und Menschen mit Behinderungen wollen wir mit maßgeschneiderten Angeboten unterstützen.

Wir schichten die bereits bestehenden Angebote um und erreichen so eine maximale flächendeckende Versorgung für alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere für sozial Benachteiligte. Eine Regelfinanzierung der Prävention bei Jugendlichen werden wir unter dem Vorbehalt der Ergebnisse der kommenden Haushaltsberatungen prüfen.

Die Evaluation zum Modellprojekt Peer Education stellte fest, dass die Ausbildung zum Peer Educator die Jugendlichen bezüglich themenbezogenen Wissens, wahrgenommener Kommunikationskompetenz, Selbstwertgefühl sowie sexueller Selbstsicherheit langfristig und nachhaltig positiv beeinflusst hat. Wir befürworten die Fortführung des Projektes, stellen dies aber unter den Vorbehalt der Ergebnisse der kommenden Haushaltsberatungen.

Die SPD-Fraktion setzt sich seit Jahren in Berlin für die Förderung ehrenamtlichen Engagements in allen Lebensbereichen ein.

Berliner Aids-Hilfe e.V.

2. Die Versorgung vulnerabler Gruppen von Menschen mit HIV/Aids aus sekundärpräventiver Sicht

2.1 Vulnerable Gruppen mit Drogenkonsum

Wie steht Ihre Partei zu einer zeitnahen Ausweitung/Einführung der - in der Vermeidung/Verringerung der Übertragung von HIV und Hepatitiden wirksamen und in Freiheit als Harmreduction-Maßnahme anerkannten - Vergabe von sterilen Spritzen für inhaftierte Männer im Berliner Justizvollzug?

Wie ist die Position Ihrer Partei zur Vergabe von Diamorphin an schwerstdrogenabhängige Menschen im Berliner Strafvollzug?

2.2 Vulnerable Gruppen mit einer Migrationsgenese

Gesundheitsförderung und -erhalt von migrierten Frauen und Männern sollte so gestaltet werden, dass unabhängig des rechtlichen Aufenthaltsstatus eine Teilnahme an der medizinischen/therapeutischen Versorgung garantiert wird.

Wird Ihre Partei dafür bundespolitisch aktiv werden? Und wenn ja, mit welchen Initiativen und Mitteln?

Wie steht Ihre Partei zur Einführung des anonymen Krankenscheins für alle Menschen, die sich in Deutschland ohne Aufenthaltsstatus aufhalten?

Die Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes betragen nur noch etwa zwei Drittel der Leistungen, die SozialhilfeempfängerInnen zustehen. Hinzu kommt, dass die medizinische Versorgung von Asylsuchenden und Geduldeten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auf die unabweisbar notwendige Behandlung akuter Schmerzzustände - wovon viele der HIV-Positiven betroffen sind - beschränkt ist. Gemäß der seit dem Jahr 1993 unveränderten Gesetzesvorgabe stehen gerade

einmal 1,36 Euro pro Tag und pro Person als einziges Bargeld für den gesamten persönlichen Bedarf dieser Menschen zur Verfügung. Zusätzliche Leistungen, wie zum Beispiel für eine Monatskarte im öffentlichen Nahverkehr, werden nicht oder nur sehr schwer gewährt. Die Leistungen für Essen, Kleidung, Körperpflege, aber auch für Energie im Haushalt werden mit einem ebenfalls seit 1993 unveränderten Wert von 184 Euro pro Monat zur Verfügung gestellt. Wenn man dies mit dem auch sehr bescheidenen Regelsatz beim Arbeitslosengeld II vergleicht - 351 Euro zu 184 Euro - wird deutlich, wie diskriminierend diese Entwicklung und die Praxis für die betroffenen Menschen ist.

Werden Sie die schon lange fällige Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes landes- und bundespolitisch unterstützen?

Antwort der SPD zum Themenkomplex 2 „Vulnerable Gruppen“

Die Verteilung von sterilen Spritzen im Strafvollzug geschieht bereits und die Berliner SPD steht dieser Maßnahme nach wie vor und weiterhin positiv gegenüber. Allgemein befürworten wir auch die Vergabe von Diamorphin an schwerstdrogenabhängige Menschen im Berliner Strafvollzug.

In der Frage der Gesundheitsförderung unabhängig vom rechtlichen Aufenthaltsstatus/anonymer Krankenschein ist die politische Willensbildung innerhalb der Berliner SPD noch nicht abgeschlossen. Entscheidungen, die die Berliner SPD in der Zukunft treffen wird, werden selbstverständlich auf landes- und bundespolitischer Ebene kommuniziert werden.

Berliner Aids-Hilfe e.V.

3. HIV-Antikörpertest – Beratung und Durchführung

Seit 2007 führt die BAH erfolgreich den HIV-Antikörpertest durch. Die Evaluation zeigt, dass gerade heterosexuelle Bevölkerungsgruppen zwischen 20 – 40 Jahren, die einen Risikokontakt hatten, sich häufiger an eine NGO als an eine Regierungsorganisation wenden, um einen HIV-Antikörpertest durchzuführen.

Wird Ihre Partei den Ausbau des HIV- Antikörpertests in der BAH für die Allgemeinbevölkerung unterstützen?

Antwort der SPD zum Themenkomplex 3 „HIV-Antikörpertest“

Die SPD Berlin unterstützt im Grundsatz die Durchführung des HIV-Antikörpertests bei der Berliner Aids-Hilfe.

Berliner Aids-Hilfe e.V.

4. Die sekundär- und tertiärpräventive Arbeit

Künftig wird die Anzahl von Menschen mit HIV/Aids in Berlin kontinuierlich ansteigen. Diese Tatsache ergibt sich durch: echte Neuinfektionen, Zunahme der Erstdiagnosen aufgrund steigender Testbereitschaft, dem Zuzug von Menschen mit HIV/Aids aus anderen Teilen Deutschlands (u.a. aus den ländlichen Gebieten) und dem Ausland aufgrund der Infrastruktur und der längeren Überlebensdauer von Menschen mit HIV/Aids.

Für Menschen mit HIV/Aids stellen sich in Zukunft neue Fragen des Gesundheitsmanagements, da für sie aufgrund ihrer Grunderkrankung eine signifikant erhöhte Wahrscheinlichkeit für das Erleiden alterstypischer Erkrankungen (Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebserkrankungen, neurologische Erkrankungen) besteht. Gleichzeitig besteht eine signifikant erhöhte Wahrscheinlichkeit für psychische Erkrankungen (Angststörungen und depressive Erkrankungen).

Welche Schritte planen Sie, die sekundär- und tertiärpräventive Versorgung für Menschen mit HIV/Aids anzupassen?

Antwort der SPD zum Themenkomplex 4 „Sekundär- und tertiärpräventive Arbeit“

Für den Fall, dass die von Ihnen geäußerte Prognose der künftig kontinuierlich ansteigenden Zahl von Menschen mit HIV/Aids in Berlin eintritt, werden wir im Rahmen der Diskussion um die Weiterentwicklung der Berliner Gesundheitspolitik versuchen in Gesprächen mit Vertretern der relevanten Betroffenenengruppen gemeinsam Maßnahmen zu entwickeln.

Berliner Aids-Hilfe e.V.

5. Die Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in Formen von Selbsthilfe und Ehrenamt

In der BAH arbeiten 260 Ehrenamtliche und 16 Hauptamtliche. Die Integration von Selbsthilfe und Ehrenamt fördert Partizipation und Inklusion von und mit HIV-positiven Menschen. Die BAH wünscht eine solche Partizipationsmöglichkeit von Menschen mit und ohne HIV für alle Berliner Maßnahmen im Arbeitsfeld HIV und STIs.

Wie und in welchem Umfang wird Ihre Partei die GIPA-Prinzipien (Greater involvement of people living with HIV/Aids), die die Mitgestaltung von Menschen mit HIV beinhalten, umsetzen?

In Berlin arbeiten etwa 100.000 Menschen ehrenamtlich. Die Berliner NGOs sind auf diese Mitarbeit der Engagierten angewiesen und im Hinblick auf den demografischen Wandel (auch bezüglich HIV und Aids) werden zukünftig noch mehr ehrenamtlich Engagierte gebraucht werden.

Mit welchen Instrumenten wird Ihre Partei generell das ehrenamtliche Engagement fördern? Werden Sie sich z.B. dafür einsetzen, dass Ehrenamtliche kostenfrei den öffentlichen Nahverkehr benutzen können? Oder aber, dass Ehrenamtliche verbindliche Aufwandsentschädigungen bekommen, die auch von den Zuwendungsgebern finanziert werden?

Werden Sie sich für eine Gleichrangigkeit von Praktika und Ehrenamt in Hinblick auf Studienplatzvergabe, Studienanforderungen, allgemeine Stellenvergabe einsetzen?

Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Zusammenarbeit von Senatskanzlei und Senatsverwaltung so zu verbessern, dass die aktuellen Doppelstrukturen (Freiwilligenpass & Berliner Ehrenamtskarte) aufgelöst werden können?

Berliner Aids-Hilfe e.V.

6. Die Förderung und Gleichstellung von NGOs

Werden Einrichtungen, die mit öffentlichen Aufgaben betraut sind (Subsidiarität) Zuwendungserhöhungen erhalten, um die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst ebenfalls realisieren zu können oder sollen MitarbeiterInnen dieser Einrichtungen untertariflich bezahlt werden?

Antwort der SPD zu den Themenkomplexen 5 und 6 „Ehrenamt und Gleichstellung NGOs“

Schon in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode hat sich die Berliner SPD erfolgreich für die Förderung des ehrenamtlichen Engagements eingesetzt. Dies werden wir in der kommenden Legislatur fortführen. Die Berliner SPD ist allerdings nicht für eine Gleichstellung von NGOs mit der öffentlichen Verwaltung, die tarifliche Bezahlung in den jeweiligen NGOs ist Verhandlungssache der jeweiligen Tarifpartner.

Berliner Aids-Hilfe e.V.

7. Der gesellschaftliche Blick

7.1 Die Entstigmatisierung und Gleichbehandlung von Menschen mit HIV/Aids

Ausgrenzung und Diskriminierung sind immer noch alltägliche Realität vieler HIV-positiver Menschen. Hier besteht aus unserer Sicht dringender Handlungsbedarf.

Mit welchen Mitteln wird Ihre Partei sich für die Entstigmatisierung von HIV-positiven Frauen, Männern und Kindern einsetzen?

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen um Menschen mit HIV vor Diskriminierung, Homophobie und Fremdenfeindlichkeit zu schützen?

Werden Sie sich gegen eine HIV-Zwangstestung bei Neueinstellungen oder bei ärztlichen Krankenhausuntersuchungen positionieren, um so eine Gleichbehandlung und soziale Gerechtigkeit für Menschen mit HIV zu schaffen?

7.2 HIV und Arbeit

Inwieweit engagiert sich Ihre Partei dafür den Arbeitsmarkt so auszdifferenzieren, dass auch Menschen mit HIV und Aids lebensunterhaltstragende Voll- und Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten erhalten?

Wie steht Ihre Partei zum Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors für chronisch Erkrankte und Menschen mit Behinderung?

Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den möglichen Zuverdienst für chronisch Erkrankte bzw. Menschen mit Behinderung bei EU-Renten / Hartz IV / Grundsicherung so anzuheben, dass das selbsterwirtschaftete Einkommen in angemessener Höhe selbstbestimmt zur gesellschaftlichen Teilhabe eingesetzt werden kann?

Inwieweit wird sich ihre Partei dafür einsetzen, Lebens- und Berufsunfähigkeitsversicherungen für HIV-Positive zu ermöglichen?

Was werden Sie tun, um die Akzeptanz HIV-Positiver am Arbeitsplatz zu fördern?

Antwort der SPD zum Themenkomplex 7 „Der gesellschaftliche Blick“

Die Berliner SPD wird auch in der kommenden Legislatur sich konsequent gegen Stigmatisierung und Diskriminierungen in allen Lebensbereichen engagieren, dies umfasst selbstverständlich auch HIV-positive Menschen und den Kampf gegen Homophobie oder Fremdenfeindlichkeit genauso, wie wir uns für die Gleichbehandlung am Arbeitsplatz einsetzen.